

„Deutsches Haus“: Beide Optionen offen halten

Verwaltungsausschuss schmettert Eilantrag von Bögel ab / Mietvertrag rückwirkend genehmigt

Obernkirchen (rnk). Einstimmig hat der Verwaltungsausschuss des Stadtrates am Mittwochabend den Eilantrag von Einzelbewerber Dr. Konrad Bögel abgelehnt, alle für Ordnungs- und Sanierungsmaßnahmen am Deutschen Haus vorgesehenen Mittel zu sperren und anderen Zwecken zuzuführen. Die Erhaltung und der Wiederaufbau des Deutschen Hauses könne organisatorisch und finanziell gewährleistet werden, ohne dass damit die Stadt belastet würde.

Nicht beraten wurde dagegen im Gremium der Antrag auf rückwirkende Genehmigung des 1998 abgeschlossenen Mietvertrages: Als reines Geschäft der laufenden Verwaltung hat Stadtdirektor Wilhelm Mevert vorgestern die Genehmigung erteilt.

Es war eine kurze Debatte im Ausschuss. Da Bögel selbst dem Gremium nicht mehr angehört, wurde nach kurzer Diskussion abgestimmt.

Auch der offene Brief an alle Ratsmitglieder, mit dem die Bürgerinitiative noch einmal flankierend die Position von Bögel stützen wollte (unsere Zeitung berichtete gestern), konnte das Blatt nicht mehr wenden. Überraschend war das nicht: Schon in der vorbereitenden Sitzung der Gruppe „Mitte“ hatte sich deutlich abgezeichnet, dass Bögel allein auf weiter Flur stehen würde.

Er habe, so erklärte Stadtdirektor Mevert gestern gegenüber unserer Zeitung, durchaus den Eindruck, dass die Mehrheit der Ratsmitglieder an einem Erhalt der Traditionsgaststätte interessiert seien, aber Rat und Verwaltung sich auf einen strikten Neutralitätskurs bewegen würden. Soll heißen: Solange der privatrechtliche Rechtsstreit zwischen Eigentümer und Pächter andauert, werden keine präjudizierenden Entscheidungen mehr getroffen; die beiden möglichen Optionen – Beibehaltung der bisherigen Nutzung beziehungsweise Teilabriss und Modernisierung gemäß Investorenkonzept – sollen offen gehalten werden.

Angesäuert reagierte Mevert auf weite Passagen des offenen Briefes, den er zum Teil als persönlichen Angriff verstand. Vor allem eine Passage wertete er als unwahr: „Fest steht, dass die Noch-Eigentümer an Abriss und Umbau nie gedacht hatten, sondern nach ihren eigenen Aussagen erst durch die Verwaltungsspitze unserer Stadt aufgefordert worden waren, die Immobilie an einen Wohnungsinvestor zu verkaufen, den man gesucht und gefunden habe, da noch erhebliche Mittel im Treuhandfonds der Stadtsanierung verfügbar seien.“ Davon, dass er – in welcher Form auch immer – Druck ausgeübt habe, könne überhaupt kein Rede sein.